

Landkreis Kassel



Absender: Kreistags-/Kreisausschussbüro

Vorlage-Nr.: 2010/1966

Veranlasser / Verursacher
SPD

Datum: 27.08.2010

Aktenzeichen:

Antrag

Antrag der SPD-Fraktion vom 09.08.2010 zur Einrichtung eines Runden Tisches zur Zukunft des Arbeitsmarkts in der Region Kassel

Beratungsfolge:

Gremium	am	Top	Status
Ausschuss für Arbeit, Jugend, Frauen und Soziales	15.09.2010	5	öffentlich
Ausschuss für Wirtschafts- und Strukturpolitik, Bau- und Verkehrswesen	16.09.2010	3	öffentlich
Haupt- und Finanzausschuss	20.09.2010	12	öffentlich
Kreistag	22.09.2010	13	öffentlich

Beschlussvorschlag:

Der Kreisausschuss wird beauftragt, in Kooperation mit der Stadt Kassel und unter Einbeziehung der Arbeitsagentur Kassel, der Wirtschaftsförderung Region Kassel GmbH, der Industrie- und Handelskammer Kassel, der Handwerkskammer Kassel, der Universität Kassel, des DGB-Bezirks Nordhessen und des Regionalmanagements Nordhessen einen Runden Tisch zur Zukunft des Arbeitsmarkts in der Region Kassel durchzuführen. Themenschwerpunkte des Runden Tisches sollten dabei insbesondere folgende Fragestellungen sein:

- Wie wird sich der Arbeitsmarkt in der Region Kassel in den nächsten 10 Jahren entwickeln?

- Welche Möglichkeiten bestehen, durch gezielte Maßnahmen Langzeitarbeitslose in den regionalen Arbeitsmarkt zu integrieren?
- Wie lassen sich dauerhaft Arbeitsverhältnisse schaffen, die keine Unterstützungsleistungen im Rahmen von ALG II benötigen?
- Welche Hilfestellung benötigen die Unternehmen in der Region?
- Wie lässt sich die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter steigern?
- Welche Bildungsangebote müssen für die Region verstärkt bzw. geschaffen werden?

Der Runde Tisch soll ergebnisorientiert arbeiten; der Kreisausschuss wird aufgefordert, dem Kreistag regelmäßig über die Diskussionsergebnisse zu berichten.

Begründung:

Vordringliche Aufgabe verantwortlicher Stadt- und Kreispolitiker muss die Zukunftsfähigkeit der Region Kassel sein. Die Menschen müssen auch in Zukunft in der Region Kassel Arbeit finden können, von der sie leben können. Dafür müssen die Weichen bereits heute richtig gestellt werden. Die vorhandene Wirtschaftsstruktur und die entwickelte Bildungsinfrastruktur in unserer Region sind eine gute Basis für eine zukunftsfähige Entwicklung des Arbeitsmarktes.

Nach aktuellen Studien droht bereits in fünf Jahren deutschlandweit ein akuter Arbeitskräftemangel. Bis 2020 könnte die Fachkräftelücke auf bis zu zwei Millionen Menschen anwachsen. Die Suche nach Fachkräften wird in den kommenden Jahren auch zum bestimmenden Thema für die nordhessische Wirtschaft. Alle Arbeitsmarktakteure sind aufgefordert gegen zu steuern. Auch vermeintlich schwächere Jugendliche müssen ausgebildet und qualifiziert werden. Das Fachkräftepotential junger Arbeitsloser ohne Berufsabschluss muss stärker genutzt werden. Im Hinblick auf die demografische Entwicklung werden gerade die jungen Menschen gebraucht, auch wenn sie derzeit noch ohne Job sind oder der Unterstützung bei der Suche nach Ausbildung und Arbeit bedürfen. Neben der Fachkräfteproblematik muss auch die wachsende Zahl prekärer Beschäftigungsverhältnisse diskutiert werden, denn durch solche Beschäftigungsformen wird die Lohnspirale nach unten beschleunigt. Die paradoxe Entwicklung, dass Fachkräfte knapp werden, während geringer Qualifizierte keine Perspektiven haben, muss gestoppt werden. Es muss Schluss sein mit Billigjobs, die zu Lasten der Steuerzahler und der fairen Unternehmen gehen.

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie muss verbessert werden, um auch die jungen Familien in der Region zu halten. Unternehmen müssen auf die Familiengründungsphase ihrer Mitarbeiter Rücksicht nehmen. Familiengründung und Elternzeit dürfen nicht zu Verschlechterungen am Arbeitsplatz führen.

Beispiele anderer Bundesländer, wie zum Beispiel aus Thüringen („Arbeit für Thüringen“) sollten im Rahmen des Runden Tisches berücksichtigt werden.

Anlage/n:

Beschreibung
Antrag der SPD-Fraktion vom 09.08.2010 zur Einrichtung eines Runden Tisches zur Zukunft des Arbeitsmarkts in der Region Kassel
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 14.09.2010